

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6gepalt. Cotontafel für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffleitungs- und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltentstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

„Arbeitet er?“

„Wenn ich von einem jungen Manne sagen höre, daß er eine viel verheißende Begabung zeige, so ist meine erste Frage immer: „Arbeitet er?“

Wer kennt nicht in seinem Bekanntenkreise den Tausendkünstler, der allen schönen Künsten zugleich huldigt, der sich Meister dünkt im Geigenspiel, im Versmachen, im Schauspieler, der überall das große Wort führt, weil er sich bei seiner Begabung berufen fühlt, Führer zu sein? Oft trägt er lange gelockte Haare und eine auffallende Halsbinde, damit man ihm seine ganze Genialität auch gleich ansehe. In allen Gesellschaftsklassen, bahnt er sich seinen Weg quer durch die Menge der gewöhnlichen Sterblichen. Da er das „Unglück“ hat, so überreich von der Natur mit Talenten ausgestattet zu sein, ist er in den verschiedenen Richtungen seiner Anlagen gleich geschäftig; damit keine seiner Künste zu kurz komme, bearbeitet er heute die Geige, schmiedet morgen Verse und führt übermorgen den Pinsel!

Weil die Zeit drängt, kann leider keine seiner Leistungen zu Ende geführt werden! Und Arbeit, wie der gewöhnliche Sterbliche sie ausführt, Arbeit zur Erhaltung des Lebens, Arbeit für andere — er ist doch zu „höherem“ berufen! Ist es nicht in der Ordnung, daß Eltern und Geschwister für ihn sich mühen? Ist es nicht großartig, Schulden zu machen und als großer Herr auf die arbeitenden Kameraden herabzusehen?

Sie kennt die Sorte „verbummelter Genies“, denen ihre vielseitige Begabung zum Verhängnis wird. Jeder, der diese bebauernswerten Halben lobt und umschmeichelt, statt sie zu rechtzuweisen und zu einer bestimmten Berufsarbeit anzuhalten, verfehlt sich an ihnen und der Menschheit.

Wie viele wirklich begabte Menschen könnten Großes leisten, wenn sie nicht mit Tüdeln ihre Kräfte zersplitterten und durch die energielose Tätigkeit sie zuletzt lahmlagten. Jede Meisterleistung, jede große Kunst fordert ernstliche, zielbewusste, zielstrebige Arbeit, aber können eine angenehme Lebensbeigabe sein, wenn sie einer gebiegenten Berufsarbeit untergeordnet werden.

Arbeit ist der einzige Weg zu jedweder Lebensbeschäftigung.

Die „neue Epoche“.

Der deutsche Michel ist wieder der Geleitete! Hat man ihn da jüngst mit einem Heidenopfer aus seiner Beschaulichkeit aufgeschreckt: Einen „neuen Reichstag“ solle er sich wählen; einen neuen, jawohl. Denn der alte, der habe unter der Herrschaft des „schwarz-blauen Blocks“ gestanden; einer Gesellschaft, die einzig darauf ausgehe, das erwerbstätige Volk auszuplündern und zu verhöhnen. Die roten und rötlichen Agitatoren und Blätter waren schon seit geraumer Zeit geschäftig, die Massen des Volkes in ihrem Sinne zu bearbeiten. Und erst in den letzten Monaten und Wochen vor der Wahl! — Selbst die ganze Korona der „freien“ Gewerkschaftsblätter, die doch angeblich Arbeiterinteressen vertreten wollen, stimmte da in das Sturmgeheul ein: „Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem schwarz-blauen Block!“ — „Sozialdemokraten“ solle der deutsche Michel in den Reichstag senden, eine „Mehrheit der Linken“ schaffen. Damit beginne dann „eine neue Epoche in der inneren und äußeren Politik des deutschen Reiches.“

Nun mag man ja zu den Rechts- und Mittelparteien je nach seiner persönlichen Ueberzeugung stehen wie man will; wahr ist und bleibt, daß die deutsche Arbeiterschaft ohne diese Parteien auf sozialpolitischem Gebiete noch heute nichts zu verzeichnen hätte, als allenfalls die Phrasen der Genossen, von denen kein Mensch satt wird. Bis heute hat die Sozialdemokratie im Reichstage noch nichts anderes geleistet als lamentiert, anderer Leute Arbeit benörgelt und heruntergemacht und — die Diäten eingestekt. Und die neue „Mehrheit der Linken“, die der Michel sich nun glücklich zusammengewählt hat, sieht schon aus dem Grunde nicht darnach aus als wenn von ihr praktische Arbeit auf sozialpolitischem und anderen Gebieten zu erwarten wäre, weil sie zur guten Hälfte eben aus Sozialdemokraten besteht. Michel ist also wie gesagt, der Geleitete; die „neue Epoche“, mit der ihm das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Mund wässrig gemacht und vor den roten Parteifarren gespannt hat, ist sanfter Zauber.

Schon schickt sich die ebenso-mutige wie blutige Rosa Luxemburg an, den Linksblock zu zertrümmern, noch ehe er ganz fertig ist. In der „Gleichheit“, dem Leiborgan der streitbaren roten Amazonen, zieht sie gegen die „Handvoll sonderbarer Schwärmer in unseren eigenen Reihen“ zu Felde, die eine gemeinsame praktische Arbeit mit den Parteien der ganzen Linken erhoffen. Nicht praktische Arbeit leisten sollen die 110 Genossen im Reichstag; wehe dem roten Schelmen, der sich so etwas trauen ließe. Nein, Rosa gebietet den 110, sie hätten

den Volksmassen den „alten Gegensatz der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“ so scharf wie nur irgend möglich zum Bewußtsein zu bringen. Und auch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ meinte in ihrer Nummer 12: „Unsere Hauptwirkungsmittel im Reichstag wird nach wie vor propagandistische Natur sein.“ Also nicht sachliche Arbeit leisten im Reichstag soll die Sozialdemokratie, sondern Agitationsreden zum Fenster hinaus halten. Das alte Babelsche Demagogenezept vom Fordern, nicht um etwas zu erreichen, sondern um die praktisch arbeitenden Parteien zu übertrumpfen, bleibt also für die roten 110 in Geltung. Auch die „Metallarbeiterzeitung“, die in ihrer Nr. 3 von der „neuen Epoche“ träumte, wird also jetzt schon wohl oder übel „eine solche Politik von der Hand in den Mund weiterhin gefakten“ und — gar durch die und dünne mit verteidigen müssen.

Mag sie auch von den „freien“ Gewerkschaftern, die sich unter den roten 110 befinden, verlangen,

„daß sie sich darüber klar sind: je mehr das Problem der rein agitatorischen Tätigkeit der Sozialdemokratie seiner Lösung zugeführt wird, um so nachdrücklicher schiebt sich das Problem der zweckmäßigen Ansetzung der gesammelten Kräfte in den Vordergrund“,

die maßgebenden Genossen sind anderer Ansicht. Sie fühlen, daß es für die Sozialdemokratie nichts Gefährlicheres geben kann — als eine „zweckmäßige Ansetzung der gesammelten Kräfte“ zu praktischer Arbeit. Die Massen würden dann ja sehen, daß auch die Sozialdemokratie nicht anders als mit Wasser kochen kann; die, die sie bislang mit schönen Phrasen von den kommenden Herrlichkeiten trunken machte und in ihr Joch spannte, würden erlichtern und ihr scharenweise den Rücken kehren. So liegen die Verhältnisse und es ist erklärlich, daß führende Genossen sich jetzt schon wieder den Kopf der Partei zerbrechen und den Massen plausibel zu machen suchen, daß die 110 Genossen im Reichstag „schwerlich“ etwas für sie herauschlagen könnten, weil usw. usw. — Der Sozialdemokratie bangt offensichtlich vor ihrem Siege, weil sie sich wohl aufs Nörgeln und Herunterreißen, aber nicht aufs Bessermachen versteht. Das kann sie aber schlechterdings den Massen nicht grad heraus sagen. Und so setzt sich denn Herr Genosse Dr. August Erdmann, der bekannte „Kenner der Christlichen“, hin und schreibt in Heft 3/12 der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Artikel, um zu beweisen, daß das — Zentrum bei den Wahlen „einen gewaltigen Stoß erlitten“ habe. Aber, so meint er weiter:

„Das Wahlfahr 1912 hat nicht alle Erwartungen erfüllt: im Reichstag sieht es mit der antiliberalen Mehrheit noch sehr bedenklich aus. . . . Aber die Vorgänge des Januar und Februar haben doch die Befreibarkeit der Reaktion im Reich wie in den Einzelländern ergeben. Der erste Ansturm genügte nicht. Nun gut, bereiten wir den zweiten und, wenn auch der nicht hinreichen sollte, den dritten vor. Dazu ist nötig, daß sich auf antiliberaler Seite die Front gegen rechts festigt und erweitert, daß man, bei den Liberalen wie bei den Sozialdemokraten, manches noch lernt, aber auch manches vergißt, und schließlich auf praktisch politischem Gebiet den Nachweis erbringt, daß man beiderseits ernstlich gewillt ist die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit mit Entschiedenheit ihrer Erfüllung entgegenzuführen. . . .“

Also, die Front gegen rechts und gegen das Zentrum! Ganz so riet es auch die rote und „freie“ Gewerkschaftspresse dem arbeitenden Volke vor den Wahlen. Nur der „Linksblock“, so schwächte man dem gutmütigen deutschen Michel vor, sei gewillt und imstande, „die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit“ zu erfüllen. Und der Michel hat's geglaubt und getan wie die roten und rötlichen Volksbeglückter ihm geheißten. Was nun aber für ihn und die großen und dringlichen Kulturaufgaben dabei herauspringen wird, das verrät Genosse Robert Schmidt in der oben angezogenen Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. In einem Artikel, „Die Sozialpolitik im neuen Reichstag“, gesteht er da u. a.:

„Können wir nun, nachdem das Übergewicht des konservativ-ultramontanen Blocks im Reichstag geschwächt ist, auf einen beträchtlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hoffen? Schwerlich. Denn gerade auf diesem Gebiete ist der Liberalismus aller Schattierungen nicht gewonnen, der Sozialdemokratie Hilfe zu leisten. Im Gegenteil, der rechte Flügel der Nationalliberalen wird, wenn die bisherigen Erfahrungen maßgebend sind, alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpfen, um im Sinne des Zentralverbandes deutscher Industrieller den Herrenstandpunkt des Unternehmers zu stärken. Unter den anderen Liberalen haben wir keine Sozialpolitiker, Naumann und Rothhoff, die auf diese Weise Anspruch erheben könnten, sind diesmal nicht in den Reichstag gewählt worden. Die Stärkung der Linken wird mehr in politischen Krügen zum Ausdruck kommen; in der

Sozialpolitik wird man gut tun keinen Umschwung zu erwarten. — Fraglich wäre nur die Stellung des Zentrums. . . .“

Da hört nun aber doch verschiedenes und noch etwas auf! Wochen und Monate hindurch hörte man von den roten und „freien“ Agitatoren und las man in der sozialdemokratischen und „freien“ Gewerkschaftspresse nichts anderes als „gegen rechts!“ „gegen Zentrum!“ „gegen die Reaktion!“ Und nun, wo die Leute ihren Willen haben, da treten sie mit leeren Händen vor die Massen hin und müssen gestehen: Von der neuen Mehrheit ist hinsichtlich Arbeiterschutzes und Sozialpolitik nichts zu erwarten; die einen sind „nicht gewonnen“ etwas zu tun und die anderen sind „keine Sozialpolitiker“. — Also, deutscher Michel, du hast dich zwar gegen die Rechte, gegen die Reaktion aufheben lassen, du hast dir zwar auf unseren Rat hin eine „Mehrheit der Linken“ mit 110 Genossen geschaffen, aber — in der Sozialpolitik tust du gut daran, keinen Umschwung zu erwarten. Es sei denn, gerade das — Zentrum und die anderen Parteien, die wir dir noch gestern als Hort der Reaktion, als Blutsauger und Volksausplünderer verdächtigten, arbeiten in der althergebrachten Weise weiter. — Das also wäre die neue Epoche, in der die großen und dringlichen Kulturaufgaben der Zeit ihrer Lösung entgegengeführt werden: Die 110 Genossen sitzen im Reichstag und versperrten in noch stärkerem Maße wie bisher den Platz, wo Volksvertreter arbeiten sollen, kritisieren und lamentieren; die praktische Arbeit aber wird von ihnen nach wie vor anderen Seiten überlassen. Und selbst Genosse Robert Schmidt hofft von diesem Reichstage mit der Linksmehrheit und den 110 Genossen für die „wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse“ nichts. Vor den Wahlen las man anders — sogar in „freien“ Gewerkschaftsorganen.

Die christlich organisierten Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industrieland und in den anderen Bezirken unseres Vaterlandes aber mögen aus diesen Darlegungen ersehen, daß sie recht daran taten nicht auf den Leim der Genossen zu gehen. Von dieser Seite hat der Arbeiterstand eben niemals praktische Arbeit zu erwarten. Davon auch die von der roten Agitation irreführten Massen zu überzeugen und sie der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, sei einem jeden von uns heiligste Pflicht. Unser deutscher Arbeiterstand hat alles Interesse daran, daß seine Kräfte nicht in über Nörgelsucht und Hege verzettelt, sondern zu aufbauender positiver Reformarbeit gesammelt und nutzbar gemacht werden. Also, christliche Metallarbeiter, auf die Chancen! In die Arbeit! Denn auch in Zukunft werden wir nur durch zähe, ausdauernde Arbeit das Bestehende sichern und neue Erfolge für unseren Stand erringen können.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Obgleich die Berichte aus den heimischen Industrien — insbesondere aus der Metallindustrie — sehr befrüchtend lauten, ist die Stimmung der maßgebenden Kreise keineswegs gehoben. Das Leben an der Börse — diesem empfindsamsten Organismus unseres Wirtschaftslebens — ist dafür der beste Beweis. Die außer- und innerpolitische Lage des Reiches ist eine unklare. Wir alle wissen, wie nahe am Kriege Deutschland vorbeigezogen ist, und diese Tatsache hat eine Unsicherheit über unser Verhältnis zum Ausland hervorgebracht, die lähmend wirkt. Es scheint zwar, als ob unsere Beziehungen zu England in der jüngsten Zeit etwas besser geworden wären, aber mit Optimismus darf man die Lage keineswegs betrachten. Die Befürchtungen eines bevorstehenden Krieges erhielten neue Nahrung durch die angekündigte Wehrvorlage. In Verbindung mit dieser brachte auch die Deckungsfrage einige Besorgnisse. Und hier zeigt sich eine in unserer prinzipiellen Stellung besonders interessante Erscheinung. Vor und nach den Wahlen waren Gerüchte im Umlauf, die neue Steuern auf das mobile Kapital ankündigten — vor allem hörte man wieder von einer Erbschaftsteuer. Der Ausfall der Wahlen hat eine Beruhigung der interessierten Kreise gebracht, da die neue „Mehrheit der Linken“, die ja immerhin sehr problematischer Natur ist, die Gewähr bietet, daß derartige Steuern nicht geschaffen werden. Was uns hier besonders interessiert, ist die Tatsache, daß die Sozialdemokratie vom internationalen Großkapital als Schutztruppe beansprucht wird. Daß sie es tatsächlich schon oft gewesen und durch Personalunion mit ihm verbunden ist, wußten wir, daß das Großkapital sie nun endgültig in den Bund seiner Freunde aufgenommen hat, muß die deutsche Arbeiterschaft sich merken.

In internationalen Momenten wirkten niederdrückend vor allem die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten. In neuester Zeit wird wieder von einem schärferen Vorgehen gegen die Trusts gesprochen. Eine Erscheinung im Wirtschaftsleben, die viel Ähnlichkeit mit deutschen Verhältnissen hat, macht die Lage besonders unsicher: es ist die

hängigkeit fast aller Unternehmungen von ein paar privaten Großbanken. Von ihrem Günstigen, von ihrem Kredit hängt tatsächlich die Möglichkeit neuer Unternehmungen ab. Seit in Deutschland die Konzentration des Bankwesens so große Fortschritte gemacht hat, haben sich ganz ähnliche Verhältnisse herausgebildet. Auch bei uns sind die großen Banken durch den Besitz zahlreicher Aktien von Industrieunternehmungen in der Lage, auf sie einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Da sie an ihrem Ertrag direkt interessiert sind, wird sich ihr Verhalten Neugegründungen gegenüber nur unter diesem Gesichtspunkt regeln. Für eine Volkswirtschaft ist dieser Zustand kein erfreulicher, da er die Monopolbildung außerordentlich begünstigt und Neugründungen von Fähigkeiten hinführt. Das finanzielle Interesse ist übrigens sehr oft verschieden von dem Interesse an dem Unternehmen überhaupt und es kann besonders gegen das Interesse der Arbeiter wirken, die eben keine beliebigen Maschinen sind, die man stillsetzen kann ohne Schäden, sondern Menschen, die zu ihrer Bedürfnisbefriedigung Arbeit und Nahrung brauchen. Die hohen Preiserhöhungen des Kohlenpreises haben allgemein Befremden erregt. Die Erregung wird noch gesteigert durch die Gärung, die neuerdings wieder in den Bergarbeiterkreisen des Ruhrreviers um sich gegriffen hat. Wenn sie noch keinen katastrophalen Charakter angenommen hat, so liegt das in der besonnenen und abwartenden Haltung der christlichen Arbeiterschaft. Es ist erklärlich, daß die angeführten Gründe nicht gerade anregend auf unser Wirtschaftsleben wirken können. Für die Arbeiterschaft besteht aber kein Anlaß zur Sorge, denn die Berichte aus der Industrie lauten, wie schon erwähnt, günstig. Bevor wir zu ihnen übergehen ist noch etwas zu erwähnen, was auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in ungünstigem Sinne einwirken kann. Unklüglich der Erörterungen über die Teuerung hat man wohl auch die Valorisation erwähnt — wenn es unterlassen wurde, so geschah es aus Unwissenheit oder um die wahren Gründe der Preissteigerung zu verbergen. Von Valorisation redet man nur bei Naturprodukten, wie Kaffee, Kakao, Baumwolle usw. Sie bezweckt, die Preise in einer Höhe zu halten, die mit dem tatsächlichen Anfall der Ernte und dem Angebote im Widerspruch steht. Die Valorisation tritt natürlich nur dann ein, wenn die Ernte sehr gut ausgefallen ist und ihr plötzliches Angebot ein Fallen der Preise zur Folge haben würde. Um ein solches zu verhindern, kauft eine Vereinigung von Kapitalisten einen großen Teil der Ernte auf und behält ihn zurück. Das geringere Angebot, das nun auf den Markt kommt, kann ein Zurückgehen der Preise nicht mehr bewirken — in den meisten Fällen das Gegenteil. Voraussetzung für die glückliche Durchführung der Valorisation ist, daß die nächste Ernte die ganze Deckung des Volksbedarfs nicht zuläßt. Nur wenn dieser Fall eintritt, kann die zurückbehaltene Menge mit Gewinn und entsprechender Verzinsung losgeschlagen werden.

Für uns ist von Wichtigkeit: der Konsument hat durch das Zustandekommen einer Valorisation immer einen höheren Preis für die betr. Produkte zu bezahlen als ohne sie. Wenn wir daher heute hören, die Valorisation für Kaffee ist durchgeführt, so heißt das, Aufkäufe von Großkapitalisten haben bewirkt, daß die Preise nicht gefallen sind, wie es hätte der Fall sein müssen, wenn die ganze Ernte auf den Markt gekommen wäre, sondern sie sind zum mindesten in ihrer bisherigen Höhe geblieben. Die Erfolge, welche die Kaffeevalorisation hat und gehabt hat, ermutigen die Interessenten, sie auch auf andere Produkte anzuwenden. Projektiert sind eine Kakao- und eine Baumwollvalorisation. Von der letzteren würden unsere Arbeiter empfindlich getroffen werden. Die Preise der Baumwolle und deren Produkte waren im letzten Jahre so außerordentlich hoch, daß ein Rückgang unbedingt zu wünschen ist — nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch in dem der Textilindustrie. Die diesjährige Baumwollernte ist sehr gut ausgefallen; wenn die Preise nicht künstlich heraufgedrückt werden, können die Baumwollprodukte dauernd billig bleiben, was wir aus den angegebenen Gründen wünschen müssen.

Neulich haben wir (den Ausnahmetarif der Staatsbahnen für Siegerländer Eisenbahn) für die obersteifische Eisenindustrie erwähnt. Nunmehr gab der Eisenbahnminister einen Antrag statt, der verbilligte Eisenzerstarie für die obersteifischen Hülsen vorsieht, und zwar von den Hülsen aus. Die anderen noch genannten Hülsen sind nicht von der Bedeutung wie diese. — Der Roheisenmarkt liegt flink. Trotzdem überall schon höhere Preise erzielt werden, hat der Roheisenverband die Preise für Kubel-, Hämatit-

und Gießereieisen um je 3 Mk. pro Tonne, Stahleisen um 4 Mk., Spiegeleisen und Walzengüßeisen um je 5 Mk. pro Tonne erhöht für das 2. Halbjahr 1912. Die Werke sind außerordentlich stark beschäftigt, doch ist es nicht angebracht, nur mit Rücksicht darauf ihre Rentabilität einzuschätzen, denn zahlreiche Aufträge sind noch zu den früheren billigen Sätzen aufgenommen worden und harren der Erledigung. Der Markt in allen Produkten des Stahlwerksverbandes liegt außerordentlich fest, die Preise für Stabeisen konnten sich weiter erhöhen. Am 26. Januar fand in Düsseldorf eine Versammlung von Vertretern der Röhrenwerke statt. Ihr Zweck war, in „unverbindlicher Weise“ über eine Erhöhung der Verkaufspreise zu beraten. Die Form der Ankündigung ließ Beschäfte irgend welcher Art nicht zu — wir haben es hier sicherlich mit einer Fühlungnahme zu tun, ob und welche Werke sich zu einer festeren oder loseren Konvention bestimmen ließen. Wenn es sich darum handelte, wie wir glauben, so war das Resultat ein ganz negatives, denn gerade die wichtigsten Werke waren nicht vertreten. Im übrigen wurde festgestellt, daß die Beschäftigung der Gasröhrenwerke zwar sehr befriedigend, die Preise aber durchaus ungenügend seien, wenn sich in den letzten Monaten auch eine kleine Besserung gezeigt habe. Der Verband des Stahlwerksverbandes in A-Produkten war im Januar sehr günstig. Ein Moment ist hier besonders hervorzuheben. Der Absatz nach dem Ausland ist in allen Produkten sehr gestiegen — doch ist gegen früher eine wesentliche, für unsere Industrie sehr günstige Veränderung eingetreten. Der Auslandsabsatz war sonst immer nur ein Notbehelf, der ergriffen werden mußte, um eine vollständige Beschäftigung der Werke zu ermöglichen. Die Preise waren sehr mäßig und standen in keinem Verhältnis zu den Inlandspreisen. Das hat sich nun geändert, denn nicht nur in Deutschland sind starke Preiserhöhungen eingetreten, sondern auch im Ausland, von denen bei einer Einfuhr nach dort natürlich auch die deutsche Industrie ihre Vorteile hat.

Die Märkte in Frankreich, Belgien und England erfreuen sich einer fortgesetzten günstigen Verfassung. Der amerikanische Markt nimmt an Festigkeit zu. Das Milch-, das unsere Industrie darbietet, ist ein sehr günstiges; in der Beschäftigung herrscht Hochkonjunktur und die Preise steigen immer mehr. Das dort uns aber nicht veranlassen, die Momente außer Acht zu lassen, die das günstige Licht etwas trüben, da ist vor allem der zweifelhafte Bestand des Stahlwerksverbandes zu erwähnen. Wenn dieser aber auch gesichert werden sollte, so ist das nur möglich durch eine starke Heraufsetzung der Beteiligungsquoten — die Gefahr einer Ueberproduktion liegt dann nicht mehr ferne. Was aber eine solche insbesondere für unsere Arbeiterschaft zu bedeuten hat, bedarf hier keiner weiteren Ausführung.

Aus dem Reichshaushaltsetat 1912.

Der ordentliche Etat ist veranschlagt auf 2 684 890 130 Mark in Einnahme und Ausgabe. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Mehr von 140 533 882 Mark. An Mehreträgen aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren werden jedoch nur 78 Millionen Mark ermarktet. Das Fehlbende wird durch Materialbeiträge, das sind Beiträge der Bundesstaaten, gedeckt. Die Reichsschuld betrug Ende 1910 4 934 201 000 Mark. Bis zum 30. September 1911 hat sie sich um rund 108 Millionen Mark infolge der Schuldverteilung vermindert. Die Anleihe beim außerordentlichen Etat ist bemessen auf 48,7 Millionen gegen 97,5 Millionen im Vorjahr. Als Zugang bei den Einnahmen sind verzeichnet bei der Reichspost und Telegraphenverwaltung 47 Millionen, Reichs-Eisenbahnen 9,88 Millionen M. Mehreinnahmen sind noch keine Ueberläufe. Die Ueberläufe der Reichsbetriebe im ordentlichen Etat sind veranschlagt gegenüber 1911 mehr um 17,4 Millionen, bei der Eisenbahnverwaltung mehr um 4,8 Millionen.

In Mehreinnahmen kommen ferner in Betracht aus:

	Mill. M.
Zölle	49,5
Zigarettensteuer	2,8
Branntweinsteuer	19,3
Leuchtmittelsteuer	2,69
Zündwarensteuer	1,4
Stempel auf Wechsel, Wertpapiere	5,91
Karten für Kraftfahrzeuge	0,58
Dividendensteuer mehr	0,49
Grundstücksübertragungen mehr	1,56
Erbschaftsteuer	3.

Bei den fortdauernden Ausgaben finden sich im Budget für das Reichsamt des Innern 4,46 Millionen Mark. Dabei sind 4000 Mark mehr für Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Ausland. Sodann 2 722 000 Mark mehr auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Der Zuschuß des Reichs für Zwecke der Invalidenversicherung steigt damit auf 56 372 000 M. Im Dispositiv wird dazu bemerkt, daß am 1. Januar 1912 925 247 Invalidenrenten und 93 376 Altersrenten laufen werden. Die Kosten für zugegangene Renten werden 4 858 774 M. betragen, der Reichszuschuß zu den Krankenrenten wird berechnet auf 1 020 000 M. für die Hinterbliebenenversicherung im ersten Jahre auf 1 950 000 Mark.

Beim Etat des Reichsamts des Innern findet sich ferner ein Aufsch von 3 612 000 M. zur Unterstützung der Friedensübungen einberufenen Mannschaften, es sind das 590 000 Mark mehr als im Vorjahre. Es sollen 35 000 Mann mehr zu Übungen herangezogen werden. Für Einrichtungen und Veranschlagungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbes findet sich im Voranschlag die Summe von 80 000 M.; zur Unterhaltung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 40 000 M. Als Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise sind, wie im Vorjahre, 30 000 M. vorgesehen. Unter den einmaligen Ausgaben ist wieder eine Summe von 150 000 M. eingestellt zur Bekämpfung des Typhus; für Ausbildung der Schiffsjungen 60 000 M.; zur Förderung einer internationalen Biographie für Sozialwissenschaft ein Betrag von 15 000 M.; zur Unterstützung der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte 30 000 M.; als Beitrag zur Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes 8000 M.; zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 60 000 M.; zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind, wie im Vorjahre, 100 000 M. in Ansatz gebracht; für gemeinnützige und unparteiische Reichsausschnittstellen 4000 Mark.

Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Herstellung von Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte der Reichsbetriebe sind diesmal 4 Mill. Mk. eingestellt. Es wird nun nicht mehr bestritten, daß ein erhebliches Bedürfnis besteht für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wird diese Summe nehmigt, dann sind zusammen 45 Millionen Mark von Reichswegen zu diesem Zwecke genehmigt worden. Wird man nicht auch bald zu einem Reichswohnungsgebot kommen?

Nichtwürdige Verdächtigungen.

Seit Jahr und Tag sind gewissen Leuten die christlichen Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Ihre Sehnsucht nach ihr Vernichtung geht dahin, die christlichen Arbeiter unter die Fittiche der Fachabteilungen von „Sig Berlin“ zu bringen. Die christliche Arbeiterschaft sollte sich nicht an die weltfremden Theoretiker; der Berliner Fachabteilungsbee hat daher nach ihrer fast zehnjährigen Tätigkeit ein komplettes Fiasco zu verzeichnen, während die christlichen Gewerkschaften, trotz aller Bekämpfung und Verleumdungen in Wort und Schrift, fast vierhunderttausend Mitglieder mustern konnten.

In Deutschland wurden denn auch die Pioniere für „Sig Berlin“ seit langem nicht mehr ernst genommen. Deswegen benötigen sie jetzt mehrere ausländische Blätter zur Verdächtigung der christlichen Arbeiterschaft. Häufig war die christliche Gewerkschaftsarbeit gezwungen, diese hinterhältigen Angriffe zurückzuweisen. Jetzt liegt wieder eine solche Verleumdung vor, die nicht unüberbrochen bleiben soll. Der Pariser „Univers“ läßt sich von der internationalen Telegraphenagentur A. I. R. folgende Unwahrheiten schreiben: „Wir haben eine sehr kompetente Persönlichkeit interviewt über den sozialistischen Sieg bei den in Deutschland stattgehabten Wahlen. Hier ist ein besonders interessanter Zug aus dem Gespräch: Der Sieg der Sozialisten ist keineswegs vernunflich; man hätte sich selbst nicht zu wundern brauchen, wenn anstatt 110 es noch mehr sozialistische Abgeordnete gegeben hätte. Was als moralischer Maßstab für ein ganzes Milieu bemerkenswert ist, das sind die Verluste, welche das Zentrum in Köln, Düsseldorf und Metz erlitten hat. Die Bevölkerung dieser drei Städte setzt sich in ihrer Mehrheit aus Katholiken und Arbeitern zusammen. Diese Katholiken- und Arbeitermehrheit ist in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nach M.-Glabbacher Schule und Kölner Richtung organisiert. Und diese Mehrheit nun hat das Zentrum im Stich gelassen und den sozialistischen Kandidaten unterstützt. Das ist der fühlbare Beweis für die Wahrheit, die seit so langer Zeit bereits durch ebenso auf-

Die Verbindung von Metallen durch elektrische Schweißung.

ATK. Nachdruck verboten.

Die Verbindung von Metallen, speziell von Eisen und Stahl, durch Schweißung ist von alters her allgemein im Gebrauch. Das Verfahren gründet sich bekanntlich darauf, daß die Metalle bei der Erhitzung zunächst weich werden, ehe sie schmelzen, und damit in den flüssigen Aggregatzustand übergehen. Staucht man die erweichten Teile zusammen, wie dies im Schmiedeverfahren andauernd geschieht, so schweißen die einzelnen Teile fest zusammen, und es entsteht ein einziges Stück.

Mit dem Vordringen der Elektrotechnik lag der Gedanke nahe, an die Stelle der Erwärmung im Schmiedefeuere die Erwärmung durch den elektrischen Strom zu setzen, und man tat dies zunächst in der Weise, daß man die Hitze eines elektrischen Lichtbogens zur Erwärmung der Metalle verwendete. Der Lichtbogen konnte dabei entweder zwischen zwei Kohlestäben übergehen und dann dem Schweißpunkt genähert werden, oder aber es wurde als eine Elektrode das Arbeitsstück selbst benutzt und von ihm der Lichtbogen zu einer zweiten Elektrode gezogen, als die eine Kohlestäbe verwendet wurde. Diese Schweißung durch den elektrischen Lichtbogen hat auch heute noch ein nicht unerhebliches Anwendungsgebiet, das etwa das gleiche ist, wie dasjenige der autogenen Schweißung. Besonders findet es bei der Bearbeitung solcher Metalle Verwendung, die nicht im eigentlichen Sinne schweißbar sind und bei denen vielmehr der Uebergang aus dem festen in den flüssigen Zustand unvermittelt stattfindet. So werden z. B. gebrochene Stkäfte auf diese Weise ausgebessert, und es kann an die vorhandenen Teile auch neues Material angefügt werden, das in der Hitze des Lichtbogens niederschmilzt.

Eine wesentlich andere Eigentümlichkeit zeigt das eigentliche elektrische Schweißverfahren, daß neuerdings in der gesamten Metallindustrie mehr und mehr Eingang findet und das Berufende erscheint, die Werkstattechnik in vieler Beziehung von

Grund auf umzugestalten. Bei ihm wird nicht die Hitze des vom elektrischen Strom erzeugten Lichtbogens zur Erwärmung der Metalle herangezogen, sondern dieser Strom selbst. Es ist bekannt, daß ein elektrischer Strom an jeder Stelle seines Verlaufes eine Wärme erzeugt, die mit der Stärke des Stromes wächst und mit dem Quadrate des Widerstandes, den der Strom an jeder Stelle findet. Wird also ein starker Strom durch einen Kreis geleitet, der im allgemeinen nur einen sehr geringen Widerstand hat, während an einer einzigen Stelle ein hoher Widerstand vorhanden ist, so wird diese Stelle im Augenblick durch den Strom stark erwärmt. Nehmen wir an, der starke Strom werde auf irgend eine Weise zwei Metallstücken zugeleitet, die sich vorerst lose berühren, so tritt der hohe Widerstand an dieser Berührungsstelle auf, die sich daher momentan stark erhitzt und zwar bis zur Schweißglut. Werden die an der Berührungsstelle erweichten Teile gleichzeitig zusammengedrückt, so schweißen sie ineinander, und nach der Ausschaltung des Stromes und dem Erkalten der Schweißstelle liegt ein einziges Arbeitsstück vor.

Die Entnahme eines Stromes von der Stärke, wie sie nötig ist, um das Material bis zur Schweißung zu erwärmen, kann nun nicht ohne weiteres aus dem Reize eines Elektrizitätswertes erfolgen, denn erstens würden die Kosten sehr hohe sein, und zweitens würden die Spannungen im Netz es nicht dulden, daß die Arbeitsstücke unmittelbar an das Netz angeschlossen werden, weil eine Gefährdung des Personals vorliegen würde und weil ferner der Kurzschluß eines solchen Stromkreises, wie er im Moment der Vollendung der Schweißung vorliegen würde, vollkommen unzulässig ist. Hier bietet der elektrische Transformator das Mittel zur Ueberwindung der Schwierigkeiten. In einem solchen Transformator kann ohne irgend welche Bewegung und mit sehr hohem Wirkungsgrade die Spannung eines Wechselstromes auf jeden gewünschten Wert umgeformt werden. Wird also beispielsweise eine Netzspannung von 200 Volt dem Transformator zugeführt, so kann ihn auf der anderen Seite eine Spannung von 2 Volt entnommen werden, die nun zur Arbeitsleistung in der Schweißung herangezogen wird. Da der Schweißstromkreis nur einen sehr geringen Widerstand ent-

hält und auch der Widerstand an der Stokstelle, absolut genommen, nur klein ist — es liegt ja Metall an Metall — so genügt diese geringe Spannung vollständig zur Erzeugung eines hohen Stromes, wie ihn die Schweißung erfordert, und gleichzeitig wird jede Gefahr beim Berühren der stromführenden Teile vermieden. Dem Netz wird dabei nur ein Strom entnommen, der im umgekehrten Verhältnis zur Spannung steht, also z. B. bei einer Transformierung von 200 auf 2 Volt der hundertste Teil des Schweißstromes.

Nach dem geschilderten Prinzip sind die Stumpfschweißapparate gebaut, wie sie für die Verbindung voller Materialquerschnitte Verwendung finden. Es können auf diese Art Drähte, Rund- und Flachstabe, Röhre, Wellen, Profileisen usw. stumpf aneinander geschweißt werden. Auch für Messing und Kupfer, sowie Aluminium hat sich diese Schweißung bewährt. Nadreifen und Felgen werden so geschweißt; Schneiden aus Stahl werden mit Griffin aus dem billigen Lemberough verbunden; komplizierte Schmiebed- und Stanzstücke werden in solche Teile zerlegt, die einzeln leicht herstellbar sind und die dann elektrisch verbunden werden; Rettenglieder werden geschweißt, und die so hergestellten Ketten zeichnen sich durch besondere Festigkeit aus.

Die Festigkeit des geschweißten Materials beträgt etwa 90 Prozent von der des ungeschweißten Materials. Ein Verbrennen erscheint vollkommen ausgeschlossen, da die Schweißhitze sich von innen heraus entwickelt und der Strom ganz genau abgemessen werden kann; in sehr vielen Fällen sorgt eine automatische Ausschaltung für die Unterbrechung des Stromes bei Vollendung der Schweißung. Ueberhaupt ist man mit Erfolg bestrebt, für Zwecke der Massenfabrikation automatisch arbeitende Maschinen auszubilden.

Der Erfolg der Stumpfschweißung äußert sich speziell dort, wo es sich um die Ausführung gleichartiger Arbeiten handelt, in einer starken Erhöhung der Produktion und damit einer Verbilligung der Fabrikation, die durch die Ersparnisse an Material noch weiter gesteigert wird. Diefelben Vorteile weist auch die elektrische Punktschweißung auf, die als Ersatz für das Nieten sich besonders in der Maschinenindustrie und für leichte Eisenkonstruktionen mehr und mehr

richtige und Marschende Katholiken proklamiert worden ist: Der Gewerkschaftsinterkonfessionalismus, auf die katholischen Arbeiter angewendet, besorgt die Geschäfte der Sozialisten."

Das ist so ziemlich das tollste, was bisher an Verleumdung geleistet wurde. Was zunächst Meß angeht, so ist es doch eine allbekannte Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften dort nur einen äußerst minimalen Einfluß haben. Deshalb das so ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Jedenfalls liegt die Schuld nicht auf Seiten der christlichen Gewerkschaften; die Folgen aber liegen jetzt dort klar zu Tage. Wenn jedoch trotz dieser auch ihnen bekannten Sachlage Berliner Protektoren der christlichen Arbeiterschaft die Schuld in die Schuhe zu schieben versuchen, dann gibt's für eine solche Handlungsweise schlechterdings keine parlamentarische Bezeichnung. Das hängt man nur niedriger.

Überigens läßt die „Albinische Volkszeitung“ an leitender Stelle den „Machern“ eine Abfertigung zu teil werden, die auch für unsere Kollegen nützlich zu lesen ist. Sie lautet:

„Mit Gewerkschafts- oder sonstigem „Interkonfessionalismus“ hat das Ergebnis der letzten Wahlen nicht das allermindeste zu tun. Im Gegenteil: Wenn nach den Rezepten der ausländischen Kritiker verfahren worden wäre, wären den Linksparteien noch einige Duzend weitere Mandate zugefallen. Weiter ist in den Kreisen, denen keine Zeit zum Nörgeln u. zu Quertrübereien verblieb, die vielmehr im Wahlkampf aktiv mitarbeiteten, nicht entgangen, daß sich gerade bei der letzten Wahl die christliche Arbeiterschaft, soweit sie sich zur Zentrumsparthei bekennet, unter besonders schwierigen Umständen aufs denkbar tapferste geschlagen hat. Wenn in den 52 Wahlkreisen Rheinlands und Westfalens, worunter nahezu die Hälfte städtische oder überwiegend industrielle Wahlkreise sind, die Sozialdemokratie in der Hauptwahl nur einen Sitz zu erobern vermochte — die alte sozialistische Hochburg Solingen — so ist dieses in keinem übrigen Landesteile Deutschlands so klar hervortretende Ergebnis in der Hauptfrage dem Umstände mitzuschreiben, daß im Westen Deutschlands die christliche Arbeiterbewegung am stärksten verbreitet ist. In den Wahlkreisen Duisburg, Essen, Bochum mit zusammen 400 000 Wählern, die sich zu 80 Proz. aus Arbeitern zusammensetzen, wäre es eine Unmöglichkeit gewesen, die Sozialdemokratie zu verdrängen ohne die christliche Arbeiterbewegung. Auch von den Kölner Verhältnissen hat der Gewährsmann der Roma und des Unvers nur eine ganz dunkle Vorstellung. Das Schwerkgewicht der Arbeiterbevölkerung entfällt in Köln auf den Wahlkreis Köln-Land, der sich zu 80 Proz. aus städtischen und industrieller Bevölkerung zusammensetzt. Und dieser Wahlkreis kann sich mit seinem Wahlergebnis sehen lassen. Er hat der Zentrumsparthei 1912 gegenüber den Wahlen von 1907 einen Zuwachs von 5400 Stimmen gebracht, ein Ergebnis, wie es kein zweiter Wahlkreis in Deutschland im Jahre 1912 unter der allgemein für die Zentrumsparthei schwierigen Situation aufzuweisen hat. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung haben in den letzten Jahren gegenüber der Sozialdemokratie, insbesondere im Westen Deutschlands, eine Aufklärungsarbeit geleistet, von der man nur wünschen könnte, daß sie in anderen Wählergruppen Nachahmung fände. Und zum Danke dafür werden sie und ihre Bewegung jetzt erneut in ausländischen Zeitungen heruntergemacht und verächtigt. Ein solches Gebahren kann gar nicht scharf genug gebremst werden; es ist geradezu schandbar.“

Aus den hier aufgezeigten Tatsachen können unsere Kollegen wieder einmal erkennen, wie gegen die christlichen Gewerkschaften gekämpft wird. Die Antwort, die wir darauf zu geben haben, kann nur lauten, unermüdet weiter zu arbeiten und aufzuklären, nicht ruhen und rasten bis der letzte christliche Arbeiter als Mitglied und Mitarbeiter für unsere Sache gewonnen ist.

Vom roten Mauerstrah.

Welche Stimmung im Lager der im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Berliner Former nach Beendigung des am 7. Dezember 1911 abgelaufenen Streiks herrscht, zeigte sich auf einer Branchenversammlung, welche am 1. Februar in Berlin tagte. Die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder Pirschel, Jicks, Meier, Kefowski und Reue unterzogen den Abschluß des Streiks einer scharfen Kritik. Die Beamten Cöhen und Seitz wurden von den „gut erzogenen“ Genossen der „Streikabwürgung“ und der „Vergewaltigung der Mitglieder“

Eingang verschafft. Hier wird der Strom nicht mehr den schweißenden Teilen selbst zugeführt, sondern zwei kupfernen Stiften, zwischen welche die zu verbindenden Bleche gelegt werden. Drückt man alsdann diese Stifte zusammen, wobei gleichzeitig der Strom von dem einen Stift durch die Bleche zu dem anderen Stift fließt, so erweicht das Material der Bleche und wird durch die Stifte zusammengeschweißt. Die so erzielte Verbindung übertrifft an Festigkeit die Nietverbindung und kann mit erheblich geringerem Aufwand an Zeit und Geld hergestellt werden. So hat man z. B. in der Blechwarenindustrie beim Befestigen von Griffen u. dergl. an Gefäßen beobachtet, daß junge Arbeiter stündlich bis zu 1000 Schweißpunkten fertiggestellt haben, während ein geübter Nietler in der gleichen Zeit etwa 250 Nieten anschlägt, wobei noch die Kosten für das Lochen in Betracht zu ziehen sind. Auch für die Schweißung starrer Platten liegen die Verhältnisse recht günstig.

Aus der Punkt-Schweißung hat sich die Nahtschweißung entwickelt, die ebenfalls besonders in der Blechwarenindustrie Anwendung gefunden hat. Durch das Aneinanderreiben von Schweißpunkten entsteht eine solche Naht, die daher, wenn sie nicht flüssigkeitsdicht zu sein braucht, auch durch eine Reihe von Punkt-Schweißungen hergestellt werden kann. Denkt man sich die punktförmigen Elektroden durch rollenförmige ersetzt, so entsteht eine Naht, die durch kontinuierlich und flüssigkeitsdicht. Solche Nahten werden als Längs-, wie als Rundnaht in den verschiedensten Längen ausgeführt und mit ihrer Hilfe z. B. Öben in eiserne Fässer geschweißt. Die Stütze und die autogene Nahtschweißung, wie die Verbindung durch Falzen werden durch diese Verfahren immer mehr verdrängt, besonders wo die Herstellung gleichartiger Teile die Aufstellung automatisch arbeitender Spezialmaschinen rechtfertigt.

Wir sehen, daß das neue Verfahren der Elektro-Schweißung im Begriff ist, sich als vollwertiges Hilfsmittel in den Dienst der Werkstattechnik zu stellen, und es ist vorläufig noch gar nicht abzusehen, wofür Entwicklungsmöglichkeiten dieses Verfahrens noch mit sich bringt.

bezüglich. Es wurde Verwunderung darüber geäußert, daß der erste Bevollmächtigte Adolf Cöhen sich nicht sehen lasse, um sein Treiben in der Presse zu rechtfertigen. Er habe die Kollegen im Land wahrheitswidrig informiert. Die „Metallarbeiterzeitung“ stelle die wahren Tatsachen auf den Kopf; durch diese Irreführung müßten die Kollegen in der Provinz denken, die Berliner Former hätten einen glänzenden Siegeserrungen. Keinerlei Garantien für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen beständen. Eine Resolution, welche die Unterfertigung der Industriellen und im Weiteren erneute Streikproklamation verlangte, wurde angenommen. Der in diesem Moment in den Saal eintretende erste Bevollmächtigte Adolf Cöhen wurde mit den Rufen „Pfui“, „raus Schuft“, „Lump“, „Strolch“ usw. empfangen. Die Mehrzahl der Mitglieder verließ sodann demonstrativ den Saal; sie wollte von Cöhen nichts hören. Ueber diese Vorgänge, worüber das Organ der Wiewenthal'schen Richtung „Deutscher Metallarbeiter“ vom 10. Februar berichtete, hält sich die sonstige sozialdemokratische Presse in tiefes Schweigen. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes macht's eben gerade so wie die Italiener in Tripolis. Sie hat die Verbindungen der zutreffigen Former mit der Presse unter Zensur gestellt, so daß nur die zu ihren Gunsten zurechtgestutzten und zurecht frisierten Berichte an die Öffentlichkeit gelangen können. Mit einer geradezu rührenden Vertrauensseligkeit und Harmlosigkeit nimmt aber das rechtgläubige sozialdemokratische Volk solche von den roten Zensoren aufgepuckten Brekzeugnisse als laute Wahrheiten hin.

Schlimmer noch als bei den Formern muß die Unzufriedenheit mit den Praktiken der Berliner sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsleitung bei den Metall- und Revolverdrehern sein. Hier muß schon ganz ungewöhnlich gegen die Totschweigekampft der Verbandsleitung opponiert worden sein, weil man sich genötigt sah, nachstehenden Bericht im „Vorwärts“ vom 14. Februar zu veröffentlichen:

„Die Eisen-, Metall- und Revolverdreher debattierten am Sonntag in ihrer Branchenversammlung über eine Angelegenheit, die schon zwei frühere Versammlungen beschäftigt hat. Es handelt sich um einen Konflikt mit der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wegen eines sogenannten wilden Streiks der Dreher im Betriebe von Bergemann in Rosenthal. In der Versammlung am Sonntag kam folgender Tatbestand zur Sprache: In dem genannten Betriebe wurde ein Dreher entlassen, weil er eine Arbeit fehlerhaft ausgeführt hatte. Da er der Vertrauensmann der Dreher war, so nahmen diese an, die fehlerhafte Arbeit sei für die Betriebsleitung nur ein willkommener Vorwand zur Maßregelung gewesen. Nachdem die Dreher vergebens versucht hatten, einen Vertreter der Ortsverwaltung an Ort und Stelle zu zitieren, um die Angelegenheit zu besprechen, legten sie die Arbeit nieder, um die Wiedereinstellung des Entlassenen durchzusetzen. Die Ortsverwaltung hat die Genehmigung zu diesem Streik weder vorher und nachher erteilt, sondern die Wiedereinstellung der Arbeit verlangt. Das wird der Ortsverwaltung nun zum Vorwurf gemacht. In der Diskussion wurde u. a. betont, es handle sich nicht um den vorliegenden Einzelfall, sondern um das von der Ortsverwaltung befolgte System: Die guten Beziehungen der Arbeiter zu dem Unternehmer nicht zu stören. Wenn der Verband dies System befolgen wolle, dann würde er sich von den Gelben gar nicht mehr unterscheiden, denn bei den Gelben geht ja als oberster Grundsatz die guten Beziehungen zu den Unternehmern dürfen nicht gestört werden. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes würden dagegen Front machen, daß ein solches System im Verbands einreißt. Sie brennen darauf, im Kampfe mit den Unternehmern bessere Verhältnisse durchzusetzen. Nachdem eine Anzahl Redner (die Redezeit war auf ¼ Stunde beschränkt) zwei Stunden lang die Ortsverwaltung — oft in sehr scharfer Weise kritisiert hatten, erhielt Cöhen als Vertreter der Ortsverwaltung eine halbe Stunde Redezeit. Er rechtfertigte die Haltung der Organisation im allgemeinen und führte aus, daß in einer großen Organisation nicht immer die Wünsche jedes einzelnen oder jeder Gruppe erfüllt werden können, sondern manchmal zurückgestellt werden müssen, wenn es das Interesse der Gesamtheit erfordert. Nach diesem Gesichtspunkt handele die Ortsverwaltung. Nachdem der Redner verschiedene Äußerungen, die in der Diskussion gemacht worden waren, besprochen hatte, war seine Redezeit abgelaufen. Eine Verlängerung wurde nicht bewilligt. Jetzt machte man Cöhen den Vorwurf: er sei auf den Kern der Sache: die Angelegenheit in Rosenthal, gar nicht eingegangen.

Cöhen entgegnete: Das habe ihm die Versammlung unmöglich gemacht. Er sei eben im Begriff gewesen, auf diese Angelegenheit einzugehen, da sei die Redezeit zu Ende gewesen und eine Verlängerung nicht bewilligt worden.

Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution, welche den an der Bewegung in Rosenthal beteiligten Kollegen volle Sympathie auspricht und das abschmehnde Verhalten der Ortsverwaltung, besonders des zweiten Bevollmächtigten Sandke verurteilt.“

Das Interessante an diesem Bericht ist, daß die sozialdemokratische Berliner Ortsverwaltung darin nach sozialdemokratischen Begriffen als eine „reaktionäre Gesellschaft“ erscheint. Das von der Sozialdemokratie stets betont Selbstbestimmungsrecht tritt sie mit Füßen! Der von dieser Partei angeblich bekämpfte Absolutismus wird in ihren Organisationen zum System. Der Klassenkampfcharakter ist über Bord geworfen und an dessen Stelle das Bestreben der Gelben: „gute Beziehungen zu den Ausbeutern des Proletariats unter allen Umständen“ getreten. Die von den roten Agitatoren stets als Antriebshebel des Fortschritts gepriesene „Unzufriedenheit der Massen“ wird dem „Interesse der Gesamtheit“ geopfert — und zwar ausgerechnet überall da, wo die Sozialdemokratie ihre „Massenbataillone“ hat, wo sie also den Beweis ihrer Befähigung für die praktische Arbeit erbringen muß. Da wird aus dem wilden sozialdemokratischen Agitator „Saulus“ im Handumdrehen ein „Paulus“. Mit Schreden aber muß der durch den Zwang der Verhältnisse also Gewandelte dann wahrnehmen, daß einer mit roten Agitationsphrasen und Reden „er-

zogenen“ Masse die Empfänglichkeit für vernünftige Erwägungen abhanden gekommen ist. An ihr bewahrt sich sich das Wort: „Beruunst wird Unfinn, Wohlthat Plage.“

Die Einsicht scheint, wenn auch reichlich spät, nun auch den sozialdemokratischen Führern zu kommen. Freilich werden sie die destruktiven Geister, die sie Jahrzehnte hindurch gehegt und gehätschelt haben, jetzt nicht mehr los. So ist denn die sozialdemokratische Bewegung heute an den Folgen ihres eigenen Radikalismus unheilbar erkrankt und zur Hilflosigkeit und Ohnmacht verurteilt. Diese Vorgänge im sozialdemokratischen Lager — wie bedauerlich sie an sich im Interesse des Arbeiterstandes sind — bestätigen uns erneut, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, die den Radikalismus von der ersten Stunde an als schädlich bekämpft hat, auf dem rechten Wege ist.

Eine schreckliche Dynamitexplosion

Fernab vom großindustriellen Betriebe inmitten der sauerländischen Berge liegt im Kreise Drilon fast an der Waldeckischen Grenze das freundliche und stille Tal der Hoppecke. Auf den Bergen zwischen den Dörfern Hoppecke und Bontkirchen, die vorher Eigentum des Herrn Landrats Janßen waren, errichtete vor einigen Jahren eine Gesellschaft eine Sprengstoff-Fabrik. Neben auch bisher mancherlei Unfälle vor, so war doch ein größeres Unglück noch nicht zu verzeichnen.

Am 15. Februar ist im Menghaus eine furchtbare Explosion erfolgt. Vier brave Arbeiter sind tot und zwei schwer verletzt. Von den Getöteten gehören drei und von den beiden Schwerverletzten einer unserem Verbands an. „Das ist Arbeiterlos“, schreibt uns ein Kollege in seiner treuerfühligen sauerländischen Art. Gewiß, auch wir sind uns bewußt, welches Risiko der Arbeiter zu tragen hat. Trotzdem können wir die Frage nicht unterdrücken: Müßte es sein? Sind alle Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung eines solchen Unglücks getroffen worden? Nach einer Reihe anderer Fragen drängen sich uns auf, doch für heute wollen wir sie unterdrücken. Hoffentlich wird die Aufsichtsbehörde Klarheit schaffen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Graf Poladovsky über die Arbeiterbewegung.

Das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen läßt es angebracht erscheinen, eine Rede des Grafen Poladovsky aus seiner Ministerzeit in die Erinnerung zurückzurufen. Am 6. Februar 1906 ging er im Reichstag auf verschiedene abfällige Neußerungen ein, die öffentlich über die christliche Arbeiterbewegung ausgesprochen worden waren, u. a., daß die christlichen Gewerkschaften schlimmer wären, wie die sozialdemokratischen. Graf Poladovsky wies darauf hin, daß bei unserer heutigen industriellen Entwicklung eine Vernichtung der Arbeiterbewegung unmöglich ist. Ueber stelle die Sozialdemokratie Forderungen, die weder im gegenwärtigen Staate, noch im Zukunftsstaate, noch in irgend einem anderen Staate der Welt jemals zu erfüllen sein werden. Denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und mit ihm des Staates führen. — Dann fuhr er fort:

„Deshalb muß man es doch begrüßen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstande des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gestiegenen Lebensbedürfnissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dieses Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staate, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn wir gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen Fortschritte machen wollen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des bürgerlichen, monarchischen Staates, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen ihre Wünsche verfolgen will, dann haben wir doch den dringlichsten Grund, eine solche Bewegung, wie die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet, die christliche Arbeiterbewegung ist noch gefährlicher, als die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt von Männern, denen jede Forderung der Arbeiter, auch wenn sie noch so berechtigt ist, an sich unsympathisch ist.“

Diese treffenden, beherzigenswerten Ausführungen wurden schon vor den Wahlen von 1907 gemacht, sie verdienen nach dem Ausfall der Wahlen von 1912 doppelte Beachtung und praktische Beherzigung.

Aus der Krankenpfleger-Bewegung.

Der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehörende Verband deutscher Krankenpfleger und -Pflegerinnen ist unablässig bestrebt, die Lage des Krankenpflegepersonals zu heben. Jetzt hat er zwei Eingaben, je eine an die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalten der Provinzen Hessen-Nassau und Posen gerichtet, worin die Wünsche des Pflegepersonals unterbreitet werden. Die erste Eingabe betrifft hauptsächlich die Verhältnisse der Landesheilanstalt Marburg und wünscht eine Erhöhung der Gehälter, eine Regelung der Dienstordnung, der Urlaubsverhältnisse und der Auszahlung des Wohnungsgeldes. Das Personal der Provinzialanstalten von Posen wünscht Aufbesserung der Gehälter, Regelung der Bekleidungsverhältnisse, Reformen in der Verpflegung und eine Erhöhung des Kostgeldes für die in Familienpflege untergebrachten Patienten. Als Begründung werden die verteuerten Lebensverhältnisse, die große Verantwortung und die aufreibende Arbeit des in der Krankenpflege tätigen Personals angeführt.

Die Neutralitätsbeweise des Buchdruckerverbandes

hat durch dessen Verhalten bei den letzten Reichstagswahlen eine drastische Beleuchtung erfahren. Neben der offensichtlichen Propaganda für die Sozialdemokratie in Versammlungen und im Verbandsorgan, neben Geldzuwendungen etc. ist auch noch im Stillen fleißig „Neutralität“ geübt worden.

Der offiziellen Einladung zum Verbands-Samstag von Rheinland und Westfalen lag ein Flugblatt bei, worin trasse Parteipolitik getrieben wird. Komitative und Zentum werden darin heruntergerissen und betont, daß darauf hingearbeitet werden muß, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl der

